



43. Geschlossene Sitzung des Global Privacy Assembly Oktober 2021

Angenommene EntschlieÙung über die gemeinsame Nutzung von Daten für das Allgemeinwohl

Diese EntschlieÙung wird von der National Privacy Commission der Philippinen im Namen der GPA-Arbeitsgruppe zu COVID-19-bezogenen Fragen des Schutzes der Privatsphäre und der Daten vorgelegt.

SPONSOREN:

- National Privacy Commission, Philippinen
- Office of the Information Commissioner, Jersey

CO-SPONSOREN:

- Office of the Australian Information Commissioner, Australien
- Information and Privacy Commissioner, Ontario, Kanada
- Data Protection Commissioner, Dubai International Financial Centre Authority
- Europäischer Datenschutzbeauftragter, Europäische Union
- Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Deutschland
- Office of the Privacy Commissioner for Personal Data, Hongkong, China
- Personal Information Protection Commission, Japan

- Commission Nationale pour la Protection des Donnees, Luxemburg
- Office of the Privacy Commissioner, Neuseeland
- Information Commissioner's Office, Vereinigtes Königreich

Die 43. Sitzung des Global Privacy Assembly des Jahres 2021:

Eingedenk der Tatsache, dass die COVID-19-Gesundheitskrise unweigerlich die Nutzung personenbezogener Daten beschleunigt hat, um innovative Antworten und Lösungen zu ermöglichen, da die Regierungen weiterhin auf die durch die Pandemie verursachten Herausforderungen reagieren müssen;

Unter Hinweis auf die EntschlieÙung zu den Herausforderungen im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, die auf der 42. geschlossenen Sitzung im Oktober 2020 angenommen wurde, mit der die COVID-19-Arbeitsgruppe mit einem Mandat von einem Jahr eingesetzt wurde;

Erfreut über die wertvolle Arbeit, die die GPA-Gemeinschaft bezüglich des Informationsaustauschs und des Kapazitätsaufbaus zu COVID-19-bezogenen Fragen im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre durch die COVID-19-Taskforce und die COVID-19-Arbeitsgruppe geleistet hat. Dazu gehören die gemeinsame Erklärung zur Nutzung von Gesundheitsdaten für nationale oder internationale Reisezwecke, das Kompendium bewährter Verfahren als Reaktion auf COVID-19 (Teil II), Fragebögen zu aufkommenden Fragen bezüglich der Privatsphäre und zu gewonnenen Erkenntnissen zum Thema Kapazitätsaufbau, Webinare und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit führenden internationalen politischen Interessenträgern;

In der Erkenntnis, dass die Nutzung und Verarbeitung personenbezogener Daten wie Gesundheits- und Verbraucherdaten zur Minderung von Gesundheitsrisiken und zur Entwicklung innovativer digitaler Lösungen in der Forschung häufiger auftreten und wertvoller sein werden, da die Länder weltweit ihre Volkswirtschaften wieder aufbauen. In diesem Zusammenhang gehören auch die mit

der gemeinsamen Datennutzung verbundenen Risiken;

In Anbetracht der Tatsache, dass die gemeinsame Nutzung personenbezogener Daten, einschließlich der gemeinsamen Nutzung grenzüberschreitender Daten, zwischen Regierungen und/oder privaten Einrichtungen nach wie vor von entscheidender Bedeutung für eine wirksame Reaktion auf COVID-19 ist und nach wie vor eine zentrale Herausforderung darstellen wird, insbesondere im Hinblick auf die Maximierung höchst wichtiger Überlegungen in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre und der Daten bei gleichzeitiger Berücksichtigung dringender öffentlicher Interessen;

In der Erkenntnis, dass der Austausch von Daten auf einer Art und Weise, die die Privatsphäre schützt, eine fundierte politische Entscheidungsfindung und eine effizientere Bereitstellung von Diensten für Bürger, öffentliche Dienste und Unternehmen erleichtern kann, und gleichzeitig das Vertrauen der Gemeinschaft in Dateninitiativen stärken kann, bei denen sensible personenbezogenen Daten der Einzelpersonen verarbeitet werden;

Unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Einführung von Datenschutz- und Datensicherheitsgarantien im Rahmen jeder vorgeschlagenen Initiativen zur gemeinsamen Nutzung Daten, und auf die Vorteile des Rückgriffs auf die Konzepte „Privacy by Design“ und „Privacy by Default“ bei der Konzeption und Umsetzung von Initiativen; dazu gehören die Einbeziehung der Grundsätze des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Daten, einschließlich einer eindeutigen Rechtsgrundlage, der Festlegung klarer und eng definierter Zwecke sowie der Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeit, Transparenz, dem Grundsatz der Datenminimierung und Rechenschaftspflicht, um eine verantwortungsvolle und vertrauenswürdige gemeinsame Datennutzung zu gewährleisten. Außerdem sollen anonymisierte oder zumindest pseudonymisierte Daten bei der Durchführung von Verarbeitungsvorgängen genutzt werden, sofern die Zwecke der Verarbeitung auf diese Weise erfüllt werden können;

Darauf verweisend, dass Regierungen, öffentliche und private Organisationen, Forscher und Innovatoren sowie andere relevante Interessenträger erneut wachsam sein müssen, um zu

vermeiden, dass die Begriffe „Allgemeinwohl“ oder „Wohl der Gesellschaft“ für andere Gewinne als für gesellschaftliche Gewinne missbraucht werden;

Unter Hinweis darauf, dass die Datenschutzbehörden, sowohl als Wegbereiter als auch als Protektoren, eine Schlüsselrolle bei der Bereitstellung von Leitlinien und Unterstützung für Regierungen und für andere relevante Interessenträger in Bezug auf den angemessenen und ethischen Umgang mit personenbezogenen Daten und gegebenenfalls die gemeinsame Nutzung personenbezogener Daten spielen;

In Anbetracht der Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der GPA-Gemeinschaft zur Bekämpfung der Risiken für den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre, die sich aus der Zunahme der Menge und des Umfangs der gemeinsamen Nutzung von Daten ergeben;

Beschließt die 43. Sitzung des Global Privacy Assembly daher:

Die Anerkennung, dass die Arbeit der COVID-19-Arbeitsgruppe fortgesetzt und ausgeweitet werden muss und ihr Mandat weiterentwickelt wird, um den Schwerpunkt auf Fragen des Schutzes der Daten und der Privatsphäre sowie auf Bedenken im Zusammenhang mit der gemeinsamen Nutzung personenbezogener Daten zu legen, da sich die globale Reaktion auf die Pandemie auf die Konjunkturerholung verlagert;

Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Gemeinsame Nutzung von Daten für das Allgemeinwohl“. Die neue Arbeitsgruppe wird die Arbeit der COVID-19-Arbeitsgruppe mit folgenden Aufgaben fortsetzen:

- i. Die Konzentration auf die Ermittlung praktischer und pragmatischer Ansätze zur Frage, wie personenbezogene Daten ausgetauscht und genutzt werden können, um Innovation und Wachstum zu ermöglichen, und zwar unter gleichzeitigem Schutz der Rechte des Einzelnen, der Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit, und unter Bereitstellung von Grundsätzen und bewährter Verfahren für Schlüsselkomponenten der gemeinsamen Datennutzung für das Allgemeinwohl;

- ii. Die Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessenträgern wie internationalen Netzwerken, Organisationen der Zivilgesellschaft und Datenschützern bei Bemühungen, die darauf abzielen, die Kapazitäten der GPA-Mitglieder und Beobachter zur Bewältigung neu entstehender Herausforderungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Datennutzung zu stärken;
- iii. Die Entwicklung proaktiver Reaktionen auf die im Zusammenhang mit der gemeinsamen Datennutzung aufkommenden Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Daten und der Privatsphäre, z. B. in Bereichen, die in den Erhebungen zu neuen Fragen über den Schutz der Daten und der Privatsphäre ermittelt wurden, wie Gesundheitspässe, Gesundheitsüberwachung von Einreisenden und Rückkehrenden, Maßnahmen zur Kontaktnachverfolgung, Umgang mit Daten von Kindern oder Studenten bei e-Learning-Technologien;
- iv. Konsultation des GPA-Referenzgremiums zu neuen strategischen Konzepten, um deren Integration in künftige Ansätze für die gemeinsame Datennutzung in Betracht zu ziehen; und
- v. Für die geschlossene Sitzung im Jahr 2022: Die Vorlage eines Berichts über die Fortschritte der Arbeitsgruppe und den Umfang etwaiger diesbezüglicher Überlegungen für künftige Arbeitsvereinbarungen.